Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.5[illegible] Mk., durch die Post monatl. 8.25 Mk., vierteljährl. 24.75 Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1133 u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Fr. Grauhausstr. 17, Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4004.

Nr. 171. Halle, Donnerstag, den 14. April 1921. Einzelpreis 30 Pfg.

Wie die „Weltrevolution" gemacht wird.

Der Weltterror von Moskau.

Die neue Taktik Moskaus — Verlegung der bolschewistischen Zentrale nach Deutschland. — Der Sieg des Kleinbürgertums. — Die Geheimkonferenz in Piacenza. — Politische Morde. — Die nächsten Ziele.

ti. **Wiborg**, 12. April 1921.

Die Leitung der Deutschen Telegraphen-Information hat ihren Ostsonderdienst beauftragt, möglichst authentisches Material über die Zusammenhänge zwischen Moskau und dem deutschen Umsturz 1921 zusammenzutragen. Bei Erledigung dieser Aufgabe ist dem Ostsonderdienst der Deutschen Telegraphen-Information Material zugetragen worden, das ganz neue Gesichtspunkte in die Behandlung der bolschewistischen Frage in Deutschland und sensationelle Enthüllungen über die Pläne Moskaus und der Dritten Internationale bringt, worüber der nachstehende Aufsatz im einzelnen unterrichtet.

Seit Wochen rollt wieder mehr denn je der russische Rubel und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in Italien, Frankreich und England. Die Parteikasse der Dritten Internationale ist bis zu zwei Drittel ihres Inhaltes entleert worden, um für die „fliegende Aktion" — so bezeichnet Moskau in den Geheimdokumenten und Anweisungen an seine Emissäre und Propagandisten die Vorbereitung für die Weltrevolution — den nötigen Betriebsstoff zu liefern. Geld und immer wieder Geld ist der Motor, den Moskau und die Dritte Internationale in Bewegung setzen, um dem Kommunismus den endgültigen Sieg zu verschaffen.

Es ist staunenswert, wie Moskau, sobald ein Plan nicht den nötigen Erfolg gehabt hat, oder gar fehlgeschlagen ist, von heute auf morgen die gesamte Taktik ändert und in alle Winde seine Kuriere entsendet, sodaß spätestens innerhalb von 10 Tagen die neue Taktik Moskaus persönlich sowohl in London wie in Rom, in Paris und Berlin, in Stockholm und Madrid, in Prag, Wien und Budapest bekannt ist und klare Weisungen vorliegen, die blindlings befolgt werden müssen und auch tatsächlich blindlings befolgt werden. Wer Einblick in das innere Getriebe der bolschewistischen Aktion hat, der staunt immer von neuem darüber, mit welcher fast magischen Kraft Moskau seine europäischen Zentralen beherrscht und mit welcher Totsicherheit Moskau damit rechnen kann und auch rechnen darf, daß das jeweilige Diktat Rotrußlands ohne den geringsten Widerspruch in außerrussischen Zentralen genau so befolgt wird, wie in Rußland selbst. Das ist der geheimnisvolle Weltterror, der von Moskau ausgeht und der leider bis heute sowohl in Deutschland, wie in Italien, England und Frankreich unterschätzt worden ist und noch unterschätzt wird. Es sind schlagende Beweise dafür vorhanden, daß, wenn Moskau Blut und Brand befohlen hat, ohne Rücksicht auf die Folgen, dieses Diktat glatt ausgeführt wurde.

Hunderttausende von Rubeln sind — die Geheimakten von Sowjetrußland sowohl, wie der Emissäre und Kommissäre in Westeuropa weisen dies nach — in den letzten Wochen dafür ausgegeben worden, um durch die internationalen Preßkanäle die Ansicht zu verbreiten, daß Moskau vollkommen Sieger über die letzten Unruhen in Rußland geworden ist. So wahr dies ist, so unumstößlich wahr ist es, daß Moskau während der Unruhen ebenfalls den Rubel rollen ließ, um dem Ausland die Lage der Sowjetregierung außerordentlich schwierig hinzustellen, damit dann der Sieg umso glänzender hinausposaunt werden konnte. Ganz anders aber sprechen die Geheimkuriere und Emissäre, die Moskau in den letzten Wochen nach Deutschland, Italien, Frankreich und England gesandt hat, um überall eine neue „fließende Aktion" vorzubereiten. Diese Abgesandten von Rotrußland erklären in den geheimen Konventikeln, daß äußerlich genommen die Sowjetregierung wohl Herrin der Lage sei, daß aber in Wirklichkeit das Kleinbürgertum heute in Rußland obenauf ist. So groß ist dieser kleinbürgerliche Einfluß in dem gewaltigen bolschewistischen Rußland, daß Moskau, richtiger Trotzki, immer noch der eigentliche Diktator des einstigen Zarenreiches, beschlossen hat, die Zentrale der Dritten Internationale nach dem Westen und zwar nach Deutschland zu verlegen. Anfangs war an Stockholm, Kopenhagen oder Mailand gedacht worden, aber man ist zu der Ansicht gekommen, diese Zentrale doch am besten und sichersten in Deutschland zu etablieren. Die mannigfachen Geheimkonferenzen, die schon noch unter dem monarchistischen Regime ungehindert in Deutschland stattfinden konnten, und nach der Revolution erst recht in Deutschland abgehalten wurden, sind bis auf verschwindend wenige Ausnahmen ungestört verlaufen. Ob Halle oder Berlin zur Zentrale der Dritten Internationale werden bestimmt werden, ist noch nicht ausgemacht. Auf der letzten Konferenz, die in Deutschland stattfand und an der bolschewistische Emissäre aus Deutschland, Italien, Frankreich und England teilnahmen, um den Bericht eines hohen bolschewistischen Funktionärs und Mitglieds des Sekretariats der Dritten Internationale aus Moskau entgegenzunehmen, wurde den Anwesenden an der Hand eingehenden Materials dargelegt, daß Moskau seine Rolle als Zentrale infolge des Vorherrschens des kleinen Bürgertums ausgespielt habe. Auf dieser Konferenz wurde die Lage in England und der bevorstehende Generalstreik eingehend besprochen. Es wurde betont, daß der große Erfolg des Bolschewismus in England, die Unantastbarkeit der Kredite und Fonds der bolschewistischen Organisation, in allernächster Zeit zur Auswirkung kommen werde. Das war die Andeutung des inzwischen ausgebrochenen Generalstreiks.

In diesem Zusammenhang muß der breiteren Oeffentlichkeit mitgeteilt werden, daß Moskau bereits am 5. Februar an alle westeuropäischen Sekretariate die Order hinausgegeben hat, von der Propaganda zur Tat überzugehen und zwar zur Tat mit Brand und Mord. Diese Moskauer Order trägt die Journalnummer 42 und ist vom militärischen Kollegium der Dritten Internationale ausgegeben. Unmittelbar nach diesem Beschluß tagte eine Geheimkonferenz in Piacenza. Die Prozesse, die den Mördern des spanischen Ministerpräsidenten Dato und des türkischen Großwesiers Talaat Pascha in der nächsten Zeit gemacht werden müssen, sollten in der Zusammenstellung des Materials versuchen, in die Geheimnisse der Konferenz von Piacenza einzudringen. In Piacenza hatte der bolschewistische Vertreter Spaniens namens der spanischen Arbeiterschaft den Kopf Datos verlangt. In Piacenza wurde das Blutostern für 1921 vorbereitet. In Piacenza wurden neue große Mittel für einen abermaligen bolschewistischen Vorstoß in Ungarn mit gleichzeitiger Ermordung des Reichsverwesers Horthy ausgeworfen. In Piacenza haben die französischen Syndikalisten zusammen mit spanischen Gesinnungsgenossen ein Aktionsprogramm entworfen, das den Köpfen Poincares, Marschall Foch und Castelneau das Todesurteil spricht. In Piacenza endlich ist Talaat Paschas Ermordung besiegelt worden.

Es ist rätselhaft, woher immer wieder Rotrußland Kisten voll Gold herbeischleift und damit seine Sekretariate außerhalb Rußlands versorgt. Für den Generalstreik in England sind nachgewiesenermaßen 41 Kisten russischen Goldes auf dem Dampfer Cato verschifft worden, für Stockholm hat der Dampfer Heimdall 67 Kisten russischen Goldes transportiert. Die allernächste Zukunft wird erweisen, daß diese 67 Kisten russischen Goldes nach Stockholm dem Zweck und dem Ziele dienen, einen kampffähigen Verband der Seetransportarbeiter zu schaffen, um dann mit dieser Macht der schwedischen Regierung in Form von Forderungen bolschewistische Diktate zu übermitteln.

Wie Deutschland Ostern 1921 von neuem vom bolschewistischen Fieber ein wenig geschüttelt worden ist, so hat jetzt an die Grundfesten des englischen Staates die Faust von Moskau geklopft und das englische Imperium mußte mit aller Macht sich gegen die geheime Kraft des Bolschewismus stemmen. Wir werden in nicht zu ferner Zeit erleben, daß eine Machtprobe gegen den Bolschewismus auch Schweden und Norwegen, Italien, Frankreich und Ungarn werden durchmachen müssen. Die Geheimkonferenz hierüber hat getagt und zwar in Deutschland. Daß dabei bolschewistische Emissäre aus Italien, Frankreich und England zugegen waren, ist ein Fingerzeig für die nächsten Pläne des Bolschewismus. Sie werden erst zur Ausführung kommen, sobald das allernächste Ziel erreicht ist, nämlich die Errichtung der Zentrale der Dritten Internationale in Deutschland.

Die Ablieferung des deutschen Flußschiffahrtsmaterials.

Den Blättern zufolge hat der französische Gesandte in Haag am 8. April in Rotterdam die Zessionsurkunde unterzeichnet, durch welche die deutsche Regierung das Eigentum an dem in Rotterdam befindlichen deutschen Flußschiffahrtsmaterial auf Frankreich überträgt, eine Zession, die Deutschland auf schiedsrichterliche Entscheidung bezüglich der Ablieferung von Flußschiffahrtsmaterial vornehmen mußte. Damit sind die Klauseln des Art. 357 des Friedensvertrages erfüllt. Von besonderer Bedeutung ist diese Regelung der Frage für den Hafen von Straßburg.

In England denkt man ruhiger.

Unter der Ueberschrift „Kein neuer Krieg Frankreichs gegen Deutschland!" Die Alliierten gehen, wenn überhaupt, „gemeinsam vor" schreibt der diplomatische Mitarbeiter des „Evening Standard", heute unternommene Nachforschungen lassen keinerlei Unterstützung der mit Bezug auf eine extreme Aktion Frankreichs nach dem 1. Mai verbreiteten Ansicht ergeben. Der Berichterstatter weist auf die Schwierigkeiten Briands gegenüber der Ungeduld der französischen Kammer hin, die ihm seine Politik vorschreibe. Man erwarte jedoch zuversichtlich, daß Dr. Simons vor Ablauf der Zeitgrenze mit neuen Vorschlägen der deutschen Regierung hervortreten werde, die vielleicht den Forderungen der Alliierten einigermaßen entgegenkommen würden. Wenn Deutschland irgendeinen Beweis eines aufrichtigen Wunsches zur Aufstellung eines durchführbaren Planes zur Bezahlung seiner Schuld ablege, wobei es sich um etwas weit Größeres als das letzte Angebot in London handeln müsse, so würde dies sicher nicht unbeachtet gelassen werden. Es herrsche der deutliche und zuversichtliche Eindruck, daß Deutschland die Alliierten nicht bis zum äußersten treiben, sondern versuchen werde, bessere Vorschläge entweder durch Barzahlung oder Bezahlung in Waren zur Regelung der gesamten Reparationsfrage zu machen.

Wiederbeginn der Reichstagsarbeiten.

Der Reichstag tritt am 20. April nachmittags 3 Uhr wieder zusammen. Auf der Tagesordnung stehen: Beratung der Anleihedenkschrift für die Schutzgebiete 1919; erste Beratung eines Gesetzentwurfes über das Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und den alliierten Hauptmächten über die Festsetzung einiger Abschnitte der Grenzen des Saargebiets; erste Beratung des Gesetzes über die Verteilung des Gewinns der Reichsbank für das Jahr 1920; zweite Beratung des Gesetzes über die Prüfung und Beglaubigung der Fieberthermometer; Abstimmung über die von den demokratischen Abgeordneten Barschat, Kniest und Genossen eingebrachten Antrag, nach dem der Reichswirtschaftsminister ersucht wird, sich — ohne Mehrung der Beamtenzahl — zur engeren Verbindung mit dem Handwerk und Gewerbe die ständige Mitarbeit eines sachkundigen Mannes aus den Kreisen des Handwerks und Gewerbes zu sichern; endlich Petitionen. Vor Zusammentritt des Reichstages wird bereits der Ausschuß für das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz am 15. und der Ausschuß für das Wohnungswesen am 18. April tagen. Wann der Auswärtige Ausschuß zusammentreten wird, steht noch nicht fest.

Die Regierungsbildung in Mecklenburg.

Nachdem am Freitag Stelling (Soz.) wieder zum Ministerpräsidenten gewählt war, stand als erster Punkt auf der Tagesordnung der gestrigen Landtagssitzung die Wahl der Staatsminister. Gewählt wurden mit je 47 Stimmen: Ministerialdirektor im Justizministerium Dr. Brückner, der frühere Kultusminister Professor Professor Dr. Reincke-Bloch und der bisherige Finanzminister Petersson. Für vier Mitglieder wurden je drei Stimmen abgegeben. Alle vier lehnten ab. Eine Stimme wurde für den Oekonomierat Burmeister, Mitglied des Dorfbundes, abgegeben, der nicht mehr Parlamentsmitglied ist und nicht zugegen war. Es dreht sich jetzt noch um die Frage des Landwirtschaftsministers. Nach Mitteilung dieses Ergebnisses setzte der Landtagspräsident eine sofortige Aeltestenausschuß-Sitzung an. Nach Wiedereröffnung erklärte der Vorsitzende, daß die eine Stimme für Oekonomierat Burmeister keine Gültigkeit hatte, nachdem die vier mit drei Stimmen gewählten Abgeordneten ihre Wahl ablehnt hätten. Die Sitzung wurde darauf auf Mittwoch vormittag vertagt.

Aus Oberschlesien.

Gemäß Artikel 2 der Verfügung der interalliierten Regierungs- und Plebiszitkommission vom 23. März, die den Belagerungszustand über die Kreise Beuthen-Stadt, Beuthen-Land, Kattowitz-Land, Königshütte, Pleß und Rybnik verhängt, hat General Le Comte Denis, der Kommandierende General der im Belagerungszustand befindlichen Gebiete Oberschlesiens, um die Verbreitung falscher Nachrichten zu beenden und die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu wahren, verfügt:

Artikel 1. Jede Person, die falsche Nachrichten schriftlich oder mündlich verbreitet, wird vor das außerordentliche Kriegsgericht gestellt.

Artikel 2. Jeder Beamte oder Angestellte öffentlicher Verwaltungen oder Schutzkräfte, der das Verbreiten falscher Nachrichten duldet oder verdeckt, wird vor das außerordentliche Kriegsgericht gestellt.

Artikel 3. Jeder Beamte oder Angestellte öffentlicher Verwaltungen oder Schutzkräfte, einbegriffen aller Polizeiorgane, der seinen Posten verläßt, wird verhaftet und vor das außerordentliche Kriegsgericht gestellt.

Danzig.

Der Rat des Völkerbundes hatte vor einiger Zeit an den Danziger Senat eine Note gerichtet, in der er verschiedene Abänderungswünsche zur Danziger Verfassung übermittelte. Dazu hat der Volkstag gegen die Stimmen der Linken einschließlich der Linken mit den Stimmen der bürgerl. Parteien eine Entschließung angenommen, in der die Wünsche des Völkerbundrates für unberechtigt erklärt werden. Das Schwergewicht der politischen Macht liege in Danzig beim Parlament und jeder Versuch, die Verfassung in diesem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210414017/fragment/page=0001

Punkte zu ändern, würde gegenwärtig zu heftigen inneren Kämpfen und zu einer schweren Erschütterung des Staatswesens führen. Dem Völkerbundrat könne das Recht, jederzeit an der Danziger Verfassung Aenderungen vorzunehmen, nicht eingeräumt werden, da die Danziger Verfassung bereits von ihm im November v. J. sanktioniert und unter die Garantie des Völkerbundes gestellt worden sei.

Am Sarge der Kaiserin

wird die Deutsche demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion einen Kranz niederlegen lassen, der die Inschrift trägt: In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Zu der Beisetzung der Kaiserin haben, wie verlautet, eine größere Anzahl deutscher Fürstlichkeiten ihr Erscheinen angemeldet. Das Herzogspaar von Braunschweig, Prinz Heinrich und Gemahlin, die Kronprinzessin, der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, Prinz Friedrich Karl von Hessen und Gemahlin sowie das Großherzogspaar von Baden werden an der Trauerfeier teilnehmen. Auch Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff haben sich für die Trauerfeier in Potsdam angemeldet.

Beileid der Reichsregierung.

Wie die Deutsche Allg. Ztg. hört, hat die Reichsregierung der kaiserlichen Familie anläßlich des Todes der ehemaligen Kaiserin ihr Beileid ausgesprochen.

Die Ministerliste noch nicht endgültig.

Die heute morgen von einigen Blättern veröffentlichte preußische Ministerliste kann noch nicht als endgültig angesehen werden. Besonders bei der Deutschen Volkspartei hat sich Widerspruch gegen eine derartige Zusammensetzung des Kabinetts geltend gemacht. Der Deutschen Allg. Ztg. zufolge hat Ministerpräsident Stegerwald Verhandlungen mit der Deutschen Volkspatei angeknüpft. Es soll durch direkte Aussprache zwischen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie ein letzter Versuch gemacht werden, die Gegensätze zu überbrücken. Gelinge das nicht, so seien die Bemühungen Stegerwalds, ein Kabinett zu bilden, als gescheidert anzusehen.

Von anderer Seite erfahren wir hierzu weiter:

Die gestern ausgesprochene Erwartung, daß es dem Ministerpräsidenten Stegerwald gelingen wird, im Laufe des heutigen Tages ein Kabinett zusammenzustellen und damit die preußische Regierungkrise zu beenden, hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil, die Situation erscheint zerfahrener als je und man kann es heute als fraglich bezeichnen, ob es Stegerwald überhaupt gelingen wird, seine Mission, eine Regierungskoalition zu schaffen und ein politisches Kabinett zu bilden, zu erfüllen. Gestern sah es so aus, als ob Stegerwald ein gemischtes Kabinett zustandebringen würde. Da aber Stegerwald versuchte, die parlamentarischen Mitglieder nur der alten Koalition zu entnehmen, während die Fachminister nur der Deutschen Volkspartei nahestehende Beamte sein sollten, hat er die Opposition der Deutschen Volkspartei hervorgerufen. Damit ist also diese Form der Kabinettsbildung als endgültig gescheitert zu betrachten. Aber auch in den Reihen der alten Koalition machen sich Widerstände bemerkbar gegen die Art der Verteilung der Ministersitze. Hier sind es besonders die Sozialdemokraten, die mit der Einräumung von lediglich drei Ministerposten nicht einverstanden sind. Wie uns aus Kreisen der Deutschen Volkspartei mitgeteilt wird, hält die Partei an ihrem alten Standpunkt, aus der Reichskoalition ausscheiden zu wollen, wenn sie nicht in die preußische Regierungskoalition einbezogen wird, fest. Stegerwald wird heute abend neue Besprechungen mit den Parteiführern aufnehmen, um doch noch einen Ausweg aus der kritischen Situation zu finden.

Sitzung der Reichskabinetts.

Das Reichskabinett hatte gestern nachmittag 5 Uhr eine Sitzung. Die Deutsche Allg. Ztg. bemerkt, man gehe nicht fehl in der Annahme, daß in dieser Sitzung Dr. Simons die in dem Interview mit dem Vertreter des Matin angedeuteten Grundgedanken der Regelung der Wiederherstellung Frankreichs zur Debatte stellte. Zwischen Dr. Simons und seinen Ministerkollegen herrsche Uebereinstimmung darüber, daß Deutschland den Alliierten sobald wie möglich seinen guten Willen beweisen müsse, vor dem 1. Mai eine Einigung über die Wiederherstellungsfrage herbeizuführen.

Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Sitzung die politische Situation eingehend geprüft. In der Beurteilung der Lage ergab sich Einmütigkeit.

Der Altestenausschuß.

In der heutigen Sitzung des Aeltestenausschusses des Reichstages wurde die frühere Einberufung des Reichstages abgelehnt, die die Unabhängigen beantragt hatten. Dagegen ist beschlossen worden, auf die Tagesordnung der ersten Sitzung des Reichstages den kommunistischen Antrag auf Freilassung des Abgeordneten Thomas aus der Strafhaft und den unabhängigen Antrag auf Aufhebung der Sondergerichte neu zu setzen. Ferner hat Reichstagspräsident Löbe den Vorschlag gemacht, sofort beim Zusammentreten des Parlaments eine interfrationelle Konferenz von Abgeordneten aller Parteien zur Besprechung über die Frage der Papierpreiserhöhung gemeinsam mit den Organisationen der Zeitungsverleger abzuhalten. Der Vorschlag ist von allen Parteien gebilligt worden.

Die Denkschrift über die Märzunruhen.

Anläßlich der Verhandlungen im preußischen Landtag über die Märzunruhen in Mitteldeutschland ist von dem preußischen Ministerium des Innern eine Denkschrift mit einem Beiheft fertiggestellt worden. Sie wird eingeleitet durch einen Ueberblick über die Rechtsstellung und Organisation der Schutzpolizei. Es folgt die ausführliche Erörterung der Maßnahmen der Staatsregierung zur Verhinderung jeder Aufstandsbewegung. Der Hauptteil enthält die Darstellung der Bekämpfung des Aufruhrs. Anschließend folgt eine Zusammenstellung von Erfahrungen und Bemerkungen, zu denen die Unruhen Anlaß gaben. Besonders werden dabei die Gesichtspunkte erörtert, die für die Bemessung der eingesetzten Schutzpolizeikräfte sowie für die Zurückhaltung der Reichswehr maßgebend waren. Leider haben die Kämpfe erneut bewiesen, daß die Bewaffnung der Schutzpolizei völlig unzureichend ist, da die Aufrührer mit Maschinengewehren, Karabinern usw. weit besser ausgerüstet waren. Ein Beiheft schildert die Entwickelung von der Schutzmannschaft zur Schutzpolizei. Der Absatz über den Ausbau der ausländischen Polizeien beweist, wie im Ausland, besonders in Frankreich, England, Italien usw. die Militärpolizei herrscht, daß diese Nachweise in Verbindung mit den Erfahrungen der Märzunruhen die Entente veranlassen, von weiteren Beanstandungen der deutschen Polizei abzusehen. Tatsächlich hat das preußische Ministerium des Innern bis an die Grenze des Möglichen allen darauf bezüglichen Forderungen der interalliierten Militärkontrollkommission Rechnung getragen, Organisationsveränderungen darüber hinaus würden Staat und Reich gefährden, zumal für die Verhinderung künftiger Aufruhrversuche Vorsorge zu treffen ist. Die Arbeit läßt den ungeheuren Ernst der Polizeifrage für die weitere Zukunft von Staat und Reich erkennen.

Deutschland muß 482 Lokomotiven an Polen abgeben.

Das Berliner Polenblatt „Dziennik Berlinski" teilt mit: Nach dem Beschluß der Reparationskommission in Berlin muß Deutschland an Polen für die Bahnstrecken des früheren preußischen Anteils noch 481 Lokomotiven abgeben. Auf Verlangen des Bevollmächtigten der polnischen Regierung, Ingenieurs Alfred Jablon, hat der Präsident der Kommission, der japanische Delegierte Fujita Tanaka, entschieden, daß 354 Lokomotiven in gutem Zustand umgehend abgegeben werden müssen und der Rest von 127 Lokomotiven nach erfolgter Reparatur in deutschen Werkstätten. Gegen diese Entscheidung hat die deutsche Regierung Einspruch erhoben, den aber die Botschafterkonferenz in Paris zurückgewiesen hat, indem sie erklärte, daß der Präsident der Kommission, Tanaka, in allen die Verteilung des Eisenbahnparks betreffenden Angelegenheiten das Recht eines Schiedsrichters mit unbeschränkter Vollmacht besitze und seine Entscheidungen endgültig seien. In der letzten Kommissionssitzung hat der Bevollmächtigte der deutschen Regierung, Präsident Sarre, erklärt, daß die deutsche Regierung, obwohl sie ihren im Protest dargelegten Standpunkt aufrechterhalte, bereit sei, die Abgabe der Lokomotiven durchzuführen. Die Abgabe der 354 Lokomotiven muß am 11. April beginnen und in 14 Tagen durchgeführt sein. Die Verhandlungen über die Verteilung der Personen- und Güterwagen und Reservematerialien sind noch im Gange.

Hilfskräfte bei der Post.

Auf eine Anfrage des demokratischen Abg. Erkelenz hat der Reichspostminister erwidert, daß, soweit es die gesetzlichen Bestimmungen — namentlich die Fürsorgemaßnahmen für die Kriegsbeschädigten — und die Betriebsverhältnisse es gestatten, die Postverwaltung auf eine Verminderung der Hilfskräfte bedacht gewesen ist. Ihre Zahl sei von 116 000 am 1. April 1919 auf rund 95 000 am 1. September 1920 zurückgegangen. Ende Januar d. J. sei die im Juli 1920 versuchsweise zugelassene Arbeitsstreckung aufgehoben und weitere Entlassungen von Hilfskräften unter weitgehendster Vermeidung aufgehoben und weitere Entlassungen von Hilfskräften unter weitgehendster Vermeidung von Härten angeordnet worden. Noch für das Rechnungsjahr 1920 würden 30 000 bisher aushilfsweise Beschäftigte, aber dauernd erforderliche Kräfte aus dem Verhältnis als Helfer und Helferinnen in das Beamtenverhältnis überführt. Für das Rechnungsjahr 1921 sei beabsichtigt das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den Beamten und den Hilfskräften, das sich im Laufe des Krieges immer mehr zu Ungunsten der Beamten verschoben hatte, weiter dem Stande der Vorkriegszeit zu näheren. Zum Schluß spricht der Minister die Hoffnung aus, daß hierdurch und durch Vermehrung und Verbesserung der während des Krieges stark abgenutzten Betriebsmittel die früher gewohnte Schnelligkeit und Sicherheit in der Abwicklung des Post- und Telegraphenverkehrs wieder erreicht werden wird.

Eine wichtige Note.

Nach einer Meldung der Chicago Tribune ist beim französischen auswärtigen Amt gestern erklärt worden, die Washingtoner Berichte, nach denen die französische Antwort auf die amerikanische Note in der Mandatsfrage in Washington schon eingegangen sei, beziehe sich in Wirklichkeit auf die Bestätigung der Note des Staatssekretärs Hughes. Es sei hinzugefügt worden, die französische Antwort in der Angelegenheit sei von solcher Tragweite, daß sie alle Alliierten berühre und von der französischen Regierung nicht erteilt werden könne, bevor sie vom Obersten Rat geprüft worden sei.

Kabinettsrat in London.

Vermittlungsvorschläge an beide Parteien.

London, 13. April. Gestern nachmittag hat die Regierung, nachdem Lloyd George einen Kabinettsrat abgehalten hatte, in der zweiten gemeinsamen Konferenz beiden Parteien folgenden Vermittlungsvorschlag vorgelegt: 1. Die Löhne werden zwar von Distrikt zu Distrikt verschieden, aber nach einheitlichen Grundsätzen, die von den nationalen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Bergbau vereinbart werden, geregelt. 2. Beschwerden aus einzelnen Distrikten gegen die örtlichen Löhne sollen von einem nationalen Ausschuß, der aus Bergarbeitern und Bergwerksbesitzern zusammengesetzt ist, entschieden werden. 3. Die gegenwärtige Konferenz soll bestimmen, welcher Prozentsatz des Unternehmergewinns auf die Löhne entfallen soll. — Für den Fall, daß dieser Vergleichsvorschlag von beiden Parteien angenommen werden würde, wäre die Regierung bereit, während einer kurzen Uebergangszeit finanzielle Beihilfen in den Revieren zu gewähren, in denen eine zu schnelle Lohnverminderung erfolgen würde. Diese Vorschläge sind gestern auch von den Bergarbeitern in dieser Form abgelehnt worden.

Deutsches Reich.

Ein Schulstreik in Remscheid. Nach einer Meldung der „Voss. Ztg." aus Remscheid hat dort eine Elternversammlung den Schulstreik beschlossen, da das Provinzialschulkollegium dem Verlangen des Elternbeirates des dortigen Lyceums, dem kommunistischen Studienrat Resch den gesamten Unterricht am Lyceum zu entziehen, nicht nachgekommen ist.

Die Konferenz der Vertreter aller größeren Kurzschriftsysteme, die im Reichsministerium des Innern stattfand, hat einen Fachausschuß mit der Aufgabe betraut, die Grundlage für ein System der Einheitskurzschriften zu schaffen.

Die Reichstagsfraktion der unabhängigen Sozialdemokraten hat im Reichstage eine Interpellation eingebracht, in der gefragt wird, welche Maßnahmen die Regierung zur Begleichung der zwischen den Ententeregierungen und der Reichsregierung wegen der Reparationsforderungen entstehenden Differenzen zu ergreifen gedenkt und ob die Regierung bereit sei, sich die Wiedergutmachungspläne zu eigen zu machen, die am 4. April in Amsterdam von der interalliierten sozialistischen Arbeitsgemeinschaft entworfen wurden und die sich im allgemeinen mit dem Reparationsprogramm des internationalen Gewerkschaftsbundes deckten.

Zur Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung hat das Reichsministerium des Innern einen Gesetzentwurf vorbereitet, der dem Reichsrat vorliegt. Der Entwurf übernimmt aus dem Artikel 18 die Voraussetzungen, unter denen eine Abstimmung der Bevölkerung über die Neugliederung einzelner Teile des Reiches stattfinden kann. Stimmberechtigt sollen die Länder sein, die am Abstimmungstage ein Jahr lang im Abstimmungsgebiet ihren Wohnsitz haben. Die Abstimmung soll nur innerhalb des Abstimmungsgebietes selbst möglich sein. Für das Verfahren bei der Abstimmung sind die Vorschriften über den Volksentscheid maßgebend, die vor kurzem die Zustimmung des Reichsrates erhalten haben und demnächst dem Reichstage vorgelegt werden.

Auslands-Rundschau.

Die Entente protestierte in Wien gegen die von privater Seite für den 24. April vorbereitete Volksbefragung Tirols und Steiermarks über den Anschluß an Deutschland. Italien beteiligte sich an dem Protest hauptsächlich wegen der möglichen Rückwirkung auf Südtirol.

Halle und Umgebung.

Halle, den 14. April 1921.

Minister Oeser Landeshauptmann der Provinz Sachsen.

6. Vollsitzung des Provinziallandtages.

Protest gegen die Gewaltmaßnahmen der Entente.

Vizepräsident Cludius (Bürgerl. Verein.) eröffnete am gestrigen Nachmittag die Sitzung 3 Uhr 15 Minuten. Da die Wahl des Landeshauptmanns bevorsteht, sind die Tribünen sehr gut besetzt.

Zu dem Punkt 1 der Tagesordnung, der Wahl des Landeshauptmanns, ergreift zuerst Abg. Bergemann, Landrat von Calbe (Mehrheitssoz.), das Wort und verliest das vom Haushaltsausschuß beschlossene Reglement betreffs des Ruhegehaltes des alten und des zukünftigen Gehaltes des neuen Landeshauptmanns. Gemäß § 37 des Beamtenreglements vom 20. November 1876 beantragen wir: 1. die Versetzung des jetzigen Landeshauptmanns in den Ruhestand zum 1. Juli 1921 zu beschließen; 2. das Ruhegehalt unter Anrechnung von 51 Dienstjahren auf $^{45}/_{00}$ des pensionsfähigen Diensteinkommens = 28 815 Mark jährlich festzusetzen; 3. die Neuwahl des Landeshauptmanns auf 12 Jahre unter folgenden Anstellungsbedingungen vorzunehmen: Grundgehalt 30 000 Mark und freie Dienstwohnung, sowie eine ruhegehaltsfähige Stellenzulage von 5000 Mark für Wahrnehmung der Geschäfte des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt.

Abg. Bergemann: „Es muß natürlich dem Ministerium überlassen bleiben, dem scheidenden Landeshauptmann für seine aufopfernde 13jährige Tätigkeit im Dienste der Provinzialverwaltung zu danken. Aber als Mitglied des Haushaltsausschusses möchte ich nicht versäumen, von dieser Stelle aus Herrn Freiherrn von Wilmowski im Namen des Hauses für seine Tätigkeit unseren tiefgefühlten Dank zu sagen. Und ich glaube, im Sinne des ganzen Hauses zu handeln, wenn ich es hier ausspreche, daß — wie man auch als Parteimann zu dem früheren Landeshauptmann stehen mag — man doch anerkennen muß, daß er mit vorbildlichem Verständnis aller Wünsche die oberste Stelle in der Provinz in den schweren Zeiten, die hinter uns liegen treu verwaltet hat. Allein seine 13jährige Tätigkeit verschafft ihm schon ein Anrecht darauf, daß wir ihm aus vollem Herzen einen ruhigen Lebensabend wünschen. (Beifall im ganzen Hause.)

Freiherr von Wilmowski: Ich habe mich bemüht, als preußischer Beamter meine Pflicht zu tun, und dafür gebührt mir weiter kein Dank. Aber ich freue mich über die herzlichen Dankesworte des Herrn Berichterstatters und hoffe, daß ich noch recht lange in diesem hohen Hause meine Stelle als Abgeordneter ausfüllen kann. (Beifall.)

Nachdem auch noch Vizepräsident Cludius im Namen des Landtages dem scheidenden Landeshauptmann für sein eifriges Wirken im Dienste der Provinzialverwaltung Dank gesagt hat, schreitet man zur

Wahl des neuen Landeshauptmanns.

Abg. Trittel (Deutsch-Dem.): Im Namen meiner Partei und des Zentrums schlage ich Herrn Staatsminister Oeser zum Landeshauptmann vor.

Abg. Bansi (Bürg. Verein.): Die Bürgerl. Vereinigung schlägt Landrat Dr. Wegener (Halberstadt) zum Landeshauptmann vor.

Abg. Bergemann (Sozialdem.): Die sozialdemokratische Partei nimmt Abstand von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten. Wir werden unsere Stimmen für Minister Oeser abgeben, weil uns Minister Oeser die Gewähr bietet, daß die oberste Stelle in der Provinz von einem Manne bekleidet wird, der unverrückbar auf dem Boden der Demokratie steht.

Abg. Hennig (Unabh.): Da nur 2 Kandidaten aufgestellt sind, die Aussicht auf den Posten des Landeshauptmanns haben, so ist es die Pflicht der Unabh. Partei, die Wahl des deutschnationalen Kandidaten (Widerspruch auf der Rechten) zu hindern und für den demokratischen Kandidaten zu stimmen.

Abg. Bansi (Bürgerl. Ver.) stellt fest, daß der Kandidat der Bürgerl. Vereinigung der Deutschen Volkspartei und nicht der Deutschnationalen Volkspartei angehört. (Zuruf des Abg. Hennig: Jacke wie Hose!)

Bei der Wahl werden 102 Stimmen abgegeben. Anläßlich der fehlenden Abgeordneten muß der derzeitige Aufenthaltsort angegeben werden. Bei einigen Abgeordneten der Kommunist. Partei wird als Aufenthaltsort die Moritzburg in Halle und Kassel angegeben, für Osterburg unter allgemeiner Heiterkeit aus den Reihen der Kommunisten selbst heraus Moskau. Von den 102 Zetteln sind 10 unbeschrieben, 52 lauten auf den Namen Oeser, 39 auf den Namen Wegener und einer auf den Namen „Hörsing, alias Noske", was allgemeine Heiterkeit und beim Oberpräsidenten ein vergnügtes Schmunzeln auslöst. Minister Oeser ist somit zum Landeshauptmann gewählt.

Abg. Winrich (Bürgerl. Ver.) verliest nunmehr den Antrag Bansi und Genossen, demzufolge der Landtag aufs schärfste

gegen die Gewaltmaßnahmen der Entente

protestiert und die Reichsregierung ersucht, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Aufhebung der Ententeforderungen zu verlangen. Der Antrag ist von sämtlichen Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten unterschrieben. Wir dürfen uns nicht nur mit Angelegenheiten befassen, die die Provinz betreffen. Durch das Festhalten der Entente an den ungeheuerlichen Forderungen scheiterten die Londoner Verhandlungen. Nun ließ die Entente sofort die Sanktionen in Kraft treten; dieses Vorgehen ist ein Vertragsbruch. Denken Sie ebenfalls, meine Herren, an die schwarze Schmach, denken Sie an Oberschlesien, gegen dessen drohende Aufteilung wir ebenfalls aufs schärfste Protest erheben. Dagegen, daß wir die Reichsregierung auffordern, die Aufhebung der Forderungen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu verlangen, können auch die Linksparteien nichts einwenden, da uns ja außer diplomatischen Mitteln keine anderen zur Verfügung stehen. (Zurufe links: Sipo! Hörsing!)

Abg. Hennig (Unabh.): Wir konnten den Antrag aus zwei Gründen nicht annehmen. Einmal halten wir den Ausdruck „mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln" für eine Aufreizung der Gewalthaber der Entente. Wenn Sie, meine Herren von der Rechten, wirklich nur diplomatische Mittel meinen, warum

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210414017/fragment/page=0002

schreiben Sie dann diese Worte nicht mit hinein in den Antrag? (Sehr richtig! links.) Zweitens lehnen wir es grundsätzlich ab, uns in eine Reihe mit den bürgerlichen Parteien zu stellen. (Lärm im ganzen Hause!)

Der Antrag wird angenommen gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten.

Präsident **Cludius** spricht zum Schluß den Wunsch aus, daß der neue Landeshauptmann von dem **Vertrauen sämtlicher Parteien** getragen sein möge und vertagt den Landtag auf Donnerstag morgen 9 Uhr.

Volkshochschule Halle.

Die Vorlesungen und Lehrgänge beginnen im Laufe dieser Woche. Außer Lehrgängen in französischer und englischer Sprache finden Vorlesungen statt über Literatur — Goethe, Schiller, Lessing, — Geschichte, das deutsche Volkslied (mit musikalischen Vorträgen) Philosophie und Pädagogik, ferner über Kapitel aus dem Gebiete der Photographie, Elektrotechnik und Gesundheitslehre. Eintrittskarten werden im Büro der Schulverwaltung, Rathausstraße 4, Eingang Kl. Steinstraße, abgegeben. Dienststunden 8—4 Uhr.

Vom Hallischen Sondergericht.

Weiter wird verhandelt gegen Oskar Roß. Vater und Sohn aus Wimmelburg wurden von den Roten aufgefordert, im Auto nach Helbra zu fahren und Benzin zu holen, dann Stroh und Furage von Wimmelburg nach Schraplau-Ammendorf zu bringen. Zwei Bewaffnete sorgten für „ordnungsgemäße Ausführung der Befehle". Zwei Zeugen bekundeten demgegenüber, daß Vater und Sohn Schußwaffen in der Hand gehabt haben, die sie im letzten Augenblick angesichts der Sipo erst fortwarfen. Der Vater erhält 1 Jahr, der Sohn 6 Monate Gefängnis.

Max Künstler aus Oberteutschenthal bekannte: Von Fremden bekamen je 3 Mann 1 Gewehr und 15 Patronen, mit denen sie abwechselnd je 1½ Stunde Wache hielten. Also auch ich, „um nicht feige zu erscheinen". — Er will sich der „roten Armee" lediglich nach einfacher Aufforderung durch einen Fremden angeschlossen haben. Dafür treffen ihn 6 Monate Gefängnis.

Hans Kodderitz, 17 Jahre alt, Bergmann aus Halle, wurde zu Teutschenthal von 2 bewaffneten Roten herangeholt, um mit einem Teschin 1¼ Stunden vor dem Gasthofe „die Kinder zu verscheuchen". Die Sipo verhaftete ihn am Tage danach (am 2. Osterfeiertage) aus dem Elternhause heraus. Das Gericht hielt 4 Wochen Gefängnis für eine ausreichende Sühne.

Die letzten Angeklagten hießen: Lohse, Karl, geb. 1901 in Teutschenthal, landw. Arbeiter; Rosenheinrich, Oskar, geb. 1881 in Teutschenthal, Grubenarbeiter, und Treff, Otto, geb. 1904, Arbeiter. Lohse hat wie Kodderitz am 1. Osterfeiertag 2 Stunden vor dem Gasthof Posten gestanden. Er will ein Tesching ohne Munition in die Hand bekommen haben, um die Kinder fortzujagen. Er sei von einem älteren Mann dazu aufgefordert worden, ist aber ohne Zwang nach dem Gasthofe gegangen. Rosenheinrich arbeitete schon 10 Jahre in derselben Grube. In der Osterwoche wurden die Arbeitswilligen von jungen Leuten aus der Grube geekelt. Laut Karfreitagsaufruf sollte sich jeder melden, sonst mit der Waffe geholt werden. Er ging in den Gasthof, drückte sich aber wieder, am Sonnabend ebenfalls. Ostern verhaftet, will er unschuldig sein. Er soll Gewehre verteilt haben, bestritt es aber. Nach Aussage eines Zeugen soll er nur Namen aufgeschrieben haben von Leuten, die auf Wache zogen. Treff will 1 Fahrrad nur gehalten haben, als Kaiser und Koch, die am 9. April zu je 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind, bei den Vereinigten Gruben Teutschenthal im Verein mit anderen Bewaffneten aus dem Keller Sprengstoff (9 Kisten) stahlen. Treff will von einem gewissen Alex vom Spielplatz geholt und zum Mitgehen gezwungen worden sein. Alex soll Bowitzki sein, der den Auftrag zum Sprengstoffholen gegeben habe.

Das Urteil lautete gegen Lohse auf 6 Wochen Gefängnis, die Sache Rosenheinrich wurde vertagt und Treff wurde freigesprochen.

Aus dem Zoologischen Garten. Die schönste Zeit des Jahres hat jetzt begonnen, die Zeit des jungen frischen Grüns und die Zeit der Blüte. Es ist ein unvergleichlicher Genuß, jetzt durch die herrlichen Anlagen des Zoo zu wandern, wo uns überall die buntesten Farben entgegenleuchten und unser Auge immer wieder aufs neue mit anderen Bildern erfreuen. Wieder einmal prangen die Mandelbäume vor dem Raubtierhause mit ihren zarten Blüten, Birn- und Kirschbäume sind überall mit weißem Blütenschnee bedeckt, die Magnolie hat ihre großen Blumenkelche entfaltet, ja, am Südhang des Berges, wo die Strahlen der Frühlingssonne am wärmsten scheinen, sind die Knospen des Flieders schon so weit getrieben, daß die Büsche wie mit einem feinen weißen und blauen Schleier überzogen sind. Und dann der Staudengarten! Fast alle Farben und Farbtönungen sind hier vertreten, vorherrschend blau, weiß und gelb. In dieser farbenfrohen Zeit ist der Besuch des Zoo besonders genußreich.

Verein ehem. 36er. Am Sonnabend, den 16. d. Mts., 7 Uhr abends findet in Bauers Restaurant, Rathausstraße, Hauptversammlung statt. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwünscht. N.B.: Vorstandswahl.

Familien-Nachrichten.

Geboren: Albert Reiche, Sennewitz (T.).
Verlobte: Luise Blau, Dölau — Georg Bernert, Georgenberg.
Gestorben: Standesbeamter Konrad Müller, Friedeburg (70 J.). Eduard Rudloff, Zwintschöna (75 J.). Frau Agnes Ulrich geb. Sturm, Leipzig-Reudnitz (71 J.). Frl. Margarete Schumann, Halle. Frau verw. Amalie Böttger geb. Häder, Hinsdorf (81 J.).

Sport der „Saale-Zeitung".

Voraussagen für Karlshorst.
Donnerstag, den 14. April.

1. R. Glatteis—Nur. 2. R. Bannwart—Roland. 3. R. Fustanella—Feuerbach. 4. R. Lalla—Oceana. 5. R. Wendekreis—Stall Kornblum. 6. R. Wehrmann II—Rasputin. 7. R. Wolkenschieber—Konvention.

Rennen zu Köln-Neuß.
Mittwoch, den 13. April.

1. Hochwasser-Rennen (17000 Mark, 1000 Meter): 1. Cellist, 2. Carissima, 3. Propeller. Tot.: Sieg 43, Platz 18, 91, 16 : 10. Ferner liefen: Marion, Tarok, Marianer, Congo, Gorgo, Ceder II, Cadix, Manna.

2. Sturm-Jagdrennen (16 000 Mark, 3000 Meter): 1. Siegbert, 2. Lyrerbel, 3. Laß doch. Tot.: Sieg 16, Platz 12, 15, 34:10. Ferner liefen: Ober, Schalk, Mimose, Musette, Felmy.

3. Dammbruch-Rennen (16 000 Mark, 1400 Meter): 1. Tradition, 2. Peter, 3. Ifen. Tot.: Sieg 17, Platz 10, 10, 13 : 10. Ferner liefen: Knusperchen, Jacquin, Schneerose, Eiso, Berno.

4. Ueberschwemmungs-Jagdrennen (17 000 Mark, 3200 Meter): 1. Osterhase, 2. Amor, 3. Daphne. Tot.: Sieg 20 : 10. 3 liefen.

5. Wassersnot-Ausgleich (20 000 Mark, 1600 Meter): 1. Mercantil, 2. Lodsinele, 3. Cassierer. Tot.: Sieg 19, Platz 13, 22, 22 : 10. Ferner liefen: Narew, Toison Charlotte II, Wasserratte.

6. Rettungs-Ausgleich, Jagdrennen (Ehrenpreis und 25 000 Mark, 3200 Meter): 1. Ladislaus, 2. Maglag, 3. Rivi. Ferner liefen: Hoda, Wag' es, Sieglinde, Ischariot, Blumengala.

Der Toto vom 6. Rennen sowie das gesamte 7. Rennen sind infolge Telephonstörung ausgeblieben.

In der verstorbenen Kaiserin Auguste Viktoria betrauert auch der Rennsport, vor allem der Hamburger Rennklub, **eine verehrte** Gönnerin. Fast stets begleitete die hohe Frau ihren Gemahl zum Tage **des Hansa-Preises nach Horn. Seit 1904 wird in Hamburg** alljährlich das Kaiserin-Auguste-Viktoria-Jagdrennen gelaufen, das von Offizieren zu reiten ist.

Die Schlußrunde um den Frankfurter Silberschild wird wahrscheinlich am 1. Mai in Hamburg stattfinden. Für die Bestreitung des Endkampfes haben sich bekanntlich die Mannschaften von Norddeutschland und Berlin qualifiziert.

Provinzial-Nachrichten.

Lochau, 12. April. (Zum Skelettfunde.) Die fachmännischen Feststellungen an dem Skelettfunde bei den Ausschachtungsarbeiten zur Wasserleitungsanlage haben ergeben, daß es etwa 3000 Jahre in die jüngere Bronzezeit zurückreicht. Die Schädelbildung ist die eines jungen Germanen von etwa 1,70 m Größe mit stark entwickeltem Knochenbau. Die Zähne waren in den Kiefern gut erhalten. Das Skelett lag etwa ¾ m tief im Schwarzsand.

Beesenstedt, 13. April. (Die Schlacht bei Beesenstedt.) Das Gefecht, das in den letzten Aufruhrtagen am 1. April die durch Artillerie verstärkte Schutzpolizei der Hölzschen Räuberbande lieferte, weckt die Erinnerung an eine Schlacht, die vor 658 Jahren im Thüringer Erbfolgekriege ebenfalls bei Beesenstedt stattfand. Der Markgraf Heinrich der Erlauchte von Meißen hatte 1247 das Erbe Heinrich Raspes, des letzten Landgrafen von Thüringen, angetreten, doch wurde es ihm von Brabant und Braunschweig streitig gemacht. Es kam darüber zu einem siebenjährigen Erbfolgekriege, der sich genau ein halbes Jahrtausend vor dem bekannteren „Siebenjährigen Kriege" um Schlesien abspielte, nämlich 1256—1263. Die Entscheidung fiel am 23. Oktober 1263 bei Beesenstedt zugunsten der Wettiner. Offenbar hatten es die verbündeten Feinde auf einen nächtlichen Ueberfall der Stammburg Wettin abgesehen. Sie hatten sich in der Brenau, einer Waldschlucht zwischen Zörnitz und Zaschwitz, verborgen, wurden aber von den wachsamen Wettinern in der Nacht daraus vertrieben und Morgens des 23. Oktober auf der „Walstatt" zwischen Beesenstedt, Naundorf und Zörnitz zur offenen Feldschlacht gezwungen. Im „Soldatengrund" bei Zörnitz wurde ein Massengrab mit angeblich 800 Skeletten aufgedeckt. Spangenberg berichtet in seiner Mansfelder Chronik, daß 566 gefangene Kriegsleute der Verbündeten Roß und Rüstung abgeben und sich durch Geld lösen mußten. Nach der Merseburger Bischofschronik sollen auch 12 Edelleute in die Gefangenschaft der Wettiner geraten sein, darunter Herzog Albrecht von Braunschweig selbst. Er erkaufte seine Freiheit gegen 8000 Mark und acht hessische Schlösser und Städte, die Markgraf Heinrich seiner Gegnerin Sophie von Brabant überwies für ihren Verzicht auf Thüringen. Auch Graf Heinrich von Anhalt befand sich unter den Gefangenen und gab für seine Freilassung Ländereien bei Hettstedt, Friedeburg und an den Flauteichen bei Wettin. Nach allen diesen Angaben muß für die damalige Zeit die Schlacht bei Beesenstedt recht groß und der Sieg der Wettiner entscheidend gewesen sein.

Löbejün, 12. April. (Die Neuwahl zur Stadtverordnetenversammlung) findet am 8. Mai statt.

+ **Aus der Elster- und Luppenaue, 12. April.** (Der Handel mit jungen Gänsen) ist in diesem Jahre nicht so lebhaft und rege wie früher. Angebot und Nachfrage regeln den Preis heißt es in der Praxis und diese alte Tatsache trifft auch hier zu. Ein wesentlicher Preisrückschlag macht sich gegen die Vorjahre geltend. Der Preis von 25 Mk. pro Stück, welcher anfangs üblich war und einige Zeit anhielt, sank auf 20 und 15 Mark. Jetzt werden bereits mehrere Tage alte Tierchen zum letzteren Preise von Händlern erstanden und für eben erst dem Ei entschlüpften 12 bnd 10 Mark pro Stück bezahlt. Flau ist auch das Geschäft mit den Ziegenlämmchen.

Plauen i. V., 12. April. (Der fünffache Mörder Richard Edwin Möckel) aus Plauen wurde in seiner Zelle in der hiesigen Gefangenenanstalt erhängt aufgefunden. Damit hat sich ein Verbrecher dem irdischen Richter entzogen, der über viele Familien namenloses Unglück gebracht hat. Möckel hat folgende Mordtaten zugestanden: 1. Den Lustmord an der Hildegard Goller am 13. Juni 1919 im Stadtwald zu Plauen; 2. den Lustmord an der 14jährigen Johanne Welsch am 23. März 1919 im Bienitzwalde bei Leipzig; 3. den Lustmord an dem Schulmädchen Frieda Hartmann am 24. 6. 1919 im Stadtwalde bei Greiz; 4. den Lustmord an dem sechsjährigen Knaben Heinz Franke am 7. März 1920 am Waldhaus bei Mehltheuer; 5. den Lustmord an der 18jährigen Forstwartstochter Frieda Glaß am 3. April 1920 bei Schneckengrün. Die umfangreichen Erörterungen standen unmittelbar vor dem Abschluß. Die Verhandlung vor dem Schwurgericht Plauen war für Mitte Juli d. J. in Aussicht genommen.

(=) **Neuhaus a. Rennsteig, 12. April.** (Juwelendiebstahl.) Im Gasthof „Zur Post" ist in der Nacht zum 7. April durch Einbruch ein Musterkoffer, enthaltend: Goldene Uhren, goldene Herren-Uhrketten, goldene Ringe mit Brillanten und anderen Steinen, sowie sonstige Goldwaren im Werte von etwa 60 000 Mark entwendet worden.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Die italienischen Pensionsansprüche.

Berlin, 13. April. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir hören, ist es nach den hier vorliegenden Nachrichten nicht ausgeschlossen, daß die Reparationskommission mit der Aufstellung der Schadenersatzforderungen für Deutschland bis zum 1. Mai nicht fertig werden wird. Im letzten Augenblick haben sich wesentliche Schwierigkeiten ergeben. Die deutschen Sachverständigen haben eingehend begründete Einwände erhoben, vor denen sich die Kommission nicht ohne weiteres verschließen konnte und deren eingehende Prüfung zugestanden werden wird. Es handelt sich dabei vornehmlich um die Frage der Pensionen, wobei die deutschen Vertreter sich auf den Standpunkt stellen, daß diese nur von jenem Zeitpunkt ab berechnet werden können, an denen die einzelnen Staaten der Entente in den Krieg getreten sind. Demgegenüber stehen z. B. die italienischen Vertreter auf dem Standpunkt, daß, obwohl Deutschland Italien erst im August 1916 den Krieg erklärte, die Pensionen schon vom Mai 1915 ab gerechnet werden müßten, da deutsche Truppenabteilungen in österreichischen Heeresverbänden gleich nach der Kriegserklärung Italiens an Oesterreich gegen Italien gekämpft haben.

Eine bemerkenswerte Äußerung Le Ronds.

DA. Danzig, 13. April. (Eig. Drahtnachr.) Wie dem „Dziennik Gdanski" aus Paris gedrahtet wird, hat General Le Rond anläßlich seiner letzten Anwesenheit in der französischen Hauptstadt, wo er mit Briand über die oberschlesische Frage konferierte, erklärt, Polen könne mit dem Abstimmungsergebnis recht zufrieden sein. Es sei nicht die Rede davon, daß die Industriebezirke an Deutschland fallen könnten.

Der Streitbeginn in England.

London, 13. April. Wie Reuter meldet, hat der Arbeiterdreibund beschlossen, daß der Ausstand am Freitag abend um 10 Uhr beginnen soll.

Die materiellen Schäden des englischen Streiks.

DA. London, 13. April. (Eig. Drahtnachr.) Dem „Daily Chronicle" zufolge sind in Schottland 21 Gruben mit einer Belegschaft von 21 000 Arbeitern und in Wales 18 Gruben mit 6000 Mann Belegschaft durch das Eindringen des Wassers mehr oder minder schwer beschädigt worden. Fünf von diesen Gruben dürften nach sachverständiger Auffassung vollständig verloren sein. Nach Schätzungen der „Times" erreichen die Schäden an den schottischen Gruben die Höhe von rund 5 Millionen £. „Daily Expreß" berechnet den Lohnausfall der Bergarbeiter in der vergangenen Woche auf 5 Millionen £. Nach der gleichen Quelle stellt der Förderausfall einen Verlust von 7 Millionen £ dar. Der Befehl des Bergarbeiterverbandes an die örtlichen Streikleitungen, der Wiederaufnahme der Pumparbeiten keinen Widerstand mehr in den Weg zu legen, ist, wie es scheint, mit einer einzigen Ausnahme im Distrikt Monmouthshire, überall befolgt worden.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Eine stärkere Ermäßigung der Roheisenpreise soll bevorstehen. In einer Versammlung der Roheisenhändler sei eine derartige Maßnahme angekündigt worden. Am 20. d. Mts. soll, nach der „Rhein. Westf. Zeitung", in einer Sitzung des Roheisenausschusses des Eisenwirtschaftsbundes über die Ermäßigung der Roheisenpreise Beschluß gefaßt werden. Das Gießerei-Roheisen der Mathildenhütte, das den mitteldeutschen Gießereien zugeteilt wird, soll um 100 auf 1200 Mark die Tonne ermäßigt werden, da die mitteldeutschen Gießereien bisher dem billigeren Luxemburger Gießerei-Roheisen den Vorzug gegeben haben.

Lingner-Werke A.-G. in Dresden. Der Aufsichtsrat bringt wieder 15 Proz. Dividende in Vorschlag und außerdem eine Kapitalerhöhung um 6 auf 12 Millionen Mark, wobei den Aktionären zu 125 Prozent ein Bezugsrecht im Verhältnis von 1 : 1 eingeräumt werden soll.

J. A. John A.-G. in Erfurt Ilversgehofen. Nach dem jetzt vorliegenden Geschäftsbericht für 1920 stellt sich der Abschluß im Vergleich mit den Vorjahren wie folgt: Warengewinn 6 859 198 Mark, Unkosten 6 362 584 Mk., Abschreibungen 72 686 Mk., Reingewinn 423 927 Mk., Reingewinn einschl. Vortr. 467 981 Mk., Dividende 420 000 Mk. gleich 12 Proz., Vortrag 47 981 Mk. In der Bilanz erscheinen: Kasse und Wechsel 162 176 Mk., Bankguthaben und Wertpapiere 2 811 789 Mk., Schuldner 1 372 916 Mk., Bestände 3 934 880 Mk., Gläubiger 3 228 437 Mk. Der Vorstand betont, daß in den ersten Monaten die Umsätze gut waren, besonders auf dem Auslandsmarkt. Der Rückgang der ausländischen Gold-Devisen brachte einen empfindlichen Rückschlag. Die Verwaltung mußte zur Kurzarbeit übergehen und die Arbeitskräfte vermindern. Erst gegen Jahresende trat eine kleine Belebung ein. Die Generalversammlung vom 23. April 1920 beschloß zum Zwecke der Verstärkung der Betriebsmittel die Ausgabe von 1500 neuen Aktien, welche den alten Aktien ab 1. Januar 1920 gleichgestellt sind. Das erzielte Agio abzüglich der durch die Ausgabe entstandenen Kosten wurden mit 183 719 Mark dem Reservefonds zugeführt. Das Grundkapital beträgt demnach jetzt 3 500 000 Mark. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgte im Juli, ihre Zulassung an der Berliner Börse im November des Berichtsjahres. Ueber die Aussichten für das neue Geschäftsjahr läßt sich zur Zeit noch nichts sagen.

Der Reichsarbeitsminister zur Lage der Kaliindustrie. Der Reichsarbeitsminister hat die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches in der Frage der Erhöhung der Gehälter der Angestellten der Kaliindustrie mit folgender bezeichnenden Begründung abgelehnt: Die im Schiedsspruch vorgesehenen Gehaltsaufbesserungen erscheinen zwar mit Rücksicht auf die Kosten der Lebenshaltung angemessen. Die umfangreichen Ermittlungen über die finanzielle Leistungsfähigkeit des Kalibergbaues haben jedoch ergeben, daß zur Zeit eine weitere Belastung von einer großen Zahl der Werke bei der jetzigen Lage des Kalimarktes nicht getragen werden kann. Die Verbindlichkeitserklärung mußte daher im Interesse der Allgemeinheit und der Beteiligten selbst abgelehnt werden.

+ **Wagenstellung.** Auf den Stationen des Direktionsbezirks Halle (Saale), den Stationen der Lausitzer, Zschipkau-Finsterwalder und Dessau-Wörlitzer Bahn sind am 12. 4. zur Verladung von Braunkohlen, Braunkohlenbriketts, Naßpreßsteinen und Braunkohlenkoks gestellt 6220, nicht gestellt 0 Wagen zu je 10 To. Ladegewicht.

Deutsche Petroleum A.-G. Zu der Anfrage des Herrn Eilers im Reichswirtschaftsrat über die Verteuerung des Leuchtöles in Verbindung mit der Dividendenpolitik der Deutschen Petroleum-A.-G. schreibt die Gesellschaft: Wie wir des öfteren in der Oeffentlichkeit und besonders auch im letzten Geschäftsbericht, auf den sich Herr Eilers bezieht, dargelegt haben, stammen die zur Ausschüttung gelangten besonderen Gewinne aus der Abstoßung der wertvollen Beteiligung unserer Gesellschaft an der Steaua Romana. Der Verwaltung der Gesellschaft war es so ermöglicht, nach langer Thesaurierung den Aktionären einen Teil der im Auslande erzielten Gewinne zuzuwenden. Dieser Tatbestand ist in der deutschen Oeffentlichkeit allgemein bekannt. Andererseits ist ebenfalls in unseren letzten Geschäftsberichten hervorgehoben worden, daß unser Warengeschäft während der letzten Jahre außerordentlich eingeschränkt war. Ebenso wie durch die übrigen Importgesellschaften erfolgten auch unsere Oeleinfuhren lediglich auf Veranlassung und der Verkauf unter Aufsicht der Regierung. Hierbei einen auch nur im entferntesten angemessenen Gewinn zu machen, hat das Reichswirtschaftsministerium nicht gestattet; nur ein bescheidener Nutzen wurde nach Prüfung der Preise durch die Preisprüfungsstelle zugelassen. Das bei dieser Methode von den Importfirmen geforderte Opfer war um so größer, als auch der Umsatz der Menge nach stark beschnitten wurde. Die von der Regierung genehmigte Höhe der Petroleumpreise erklärt sich zwanglos aus der allgemeinen Erhöhung von Devisen, Frachten und Weltmarktpreisen.

Neue Kapitaltransaktionen im Anilinkonzern. Wie die „Frankf. Ztg." erfährt, beabsichtigen die der Interessengemeinschaft der chemischen Großindustrie angehörigen Gesellschaften eine neue, sehr beträchtliche Erhöhung ihrer Aktienkapitalien. Der Umfang der Kapitalerhöhung steht noch nicht fest, doch geht man wohl nicht in der Annahme fehl, daß diese eine Verdoppelung der gegenwärtigen Kapitalien zwar nicht voll, aber doch beinahe erreichen wird. Auch diesmal scheint man auf die Ausnutzung des Aktienagios verzichten und die neuen Aktien nur wenig über pari den bisherigen Aktionären zum Bezuge anbieten zu wollen, so daß die Kapitalserhöhung gleichzeitig eine Kapitalsverwässerung bedeuten würde.

Leipziger Effektenkurse.

Leipzig den 13 April 1920.

Chemnitzer Bankverein	204,00	Mansfelder Kuxe	4950,00
Leipziger Hypoth. Bank	151,75	Oelsnitzer Kuxe	850,00
Mitteld. Privatbank	169,50	Pittler, Leipzig	346,00
Crölwitzer Papierfabk.	--	Prehlitzer Stamm-Akt.	--
Glauziger Zuckerfabk.	615,00	" Priorit.-Akt.	--
Gr. Leipziger Strassen-		Riebeckbier	240,00
bahn	5,25	" Vorzugs-Akt.	115,00
Hallesche Zuckerraff.	335,00	Rositzer Zuckerraff.	381,00
" Zementfabk.	173,50	Rudelsburger Zementfabk.	--
Hugo Schneider, Paunsd.	362,00	Sachsenwerk	300,00
Körbisd. Zuckerfabk.	720,00	Sondermann u. Stier	228,00
Leipziger Kammgarn-		Stöhr u. Co.	489,00
spinnerei	379,00	Zimmermann, Halle	171,50
Leipziger Malzfabrik	326,00	Zimmermann, Chemnitz	262,75

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margella; für den volkswirtschaftlichen und den örtlichen Teil sowie für Provinzialnachrichten: Eugen Brinkmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; Vermischtes, Gericht usw.: Dr. Karl Baer; für Sport: Curt Graf; für den Anzeigenteil: F. Geerlings. Verlag: Saale-Zeitung G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210414017/fragment/page=0003
DFG

Berliner Fondsbörse vom 13. April.

Die Börse ist durch die Botschaft Hardings ernüchtert worden. Die Kursrückgänge, die bereits gestern zu verzeichnen waren, setzten sich bei leichten Abgaben der Spekulation heute weiter fort und erstreckten sich auf fast alle Märkte. Im Verlaufe vermochte sich allerdings eine leichte Erholung durchzusetzen, die indessen sehr bald einer neuen Abschwächung wich. Die Geschäftstätigkeit hielt sich erneut in engsten Grenzen, wobei die starke Zurückhaltung mit der Unsicherheit über die deutschen Vorschläge erklärt wird. Am Devisenmarkt war für die westlichen Devisen das Geschäft gleichfalls zurückhaltend, wenn auch etwas lebhaftere Umsätze als in der letzten Zeit zu beobachten waren. Dollarnoten wurden vor Feststellung der amtlichen Notiz mit 31⅞ à 61½ genannt. Im Mittelpunkt des Interesses standen auch heute die rumänischen Noten, die ihre gestrige Aufwärtsbewegung sprunghaft fortsetzten. Sie erreichten den Rekordkurs von 104½, wobei zu beachten ist, daß diese Bewegung von Paris ihren Ausgang nimmt.

Am Montanaktienmarkt hielt sich die Abschwächung der Kurse allgemein in Grenzen bis zu 4 pCt. Stärker rückgängig Hoesch und Rheinstahl mit Verlusten von 10 bzw. 11 pCt. Lediglich Thale-Aktien, in denen lebhafteres Geschäft stattfand, wurden 17 pCt. höher.

Von sonstigen Industriewerten büßten Böhler 10 pCt., Orenstein u. Koppel 6 pCt ein. Höher Augsburg-Nürnberg und namentlich Rheinmetall, letztere im Hinblick auf die Ausführungen im Geschäftsbericht.

Von Elektrowerten A.E.G. um 3½ pCt. gesteigert, die übrigen Papiere mäßig abgeschwächt, Siemens & Halske um 4½ pCt., Sachsenwerk um 3½ pCt.

Unter den Schiffahrtswerten lediglich Hansa stärker abgeschwächt, die übrigen behauptet. Norddeutscher Lloyd leicht befestigt.

Unter den chemischen Werten gaben die Aktien der Farbengruppe bei äußerster Geschäftsstille bis zu 3½ pCt. nach.

Am Markte der Petroleumwerte gaben Deutsche Petroleum weiter beträchtlich nach und wurden mit 807½ genannt. Deutsche Erdöl unverändert, 950.

Kalipapiere im Einklang mit der Allgemeintendenz ebenfalls leicht rückgängig und bis zu 6 pCt. niedriger. Unter den Kalinebenwerten Heldburg mit 289 behauptet und Ronnenberg mit 376 eine Kleinigkeit anziehend. Lediglich Krügershall mit 375 niedriger. Mansfelder Kuxe sehr schwach, 5490 M.

Unter den Kolonialpapieren Otaviwerte anhaltend niedriger. Südseephosphat mit 1650, Sloman mit 2150 und Deutsche Kolonialanteile mit 6400 niedriger. Valutawerte mit Ausnahme der Deutsch-Uebersee-Electr. Zertifikate leicht anziehend.

Am heimischen Bankaktienmarkt Mitteldeutsche Credit weiter 1½ pCt gebessert.

Im weiteren Verlaufe Haltung nicht einheitlich; vereinzelt vermochte sich leichte Erholung durchzusetzen. So schließen Hansa mit 317 nach 316, Thale Eisen 815 nach 812, Badische Anilin mit 535 nach 534 und AugsburgNürnberg mit 410 nach 409. Dagegen weiter abgeschwächt, teilweise zu niedrigsten Tageskursen umgesetzt Caro 281 nach 282, Bergmann 329 nach 330, Deutsche Waffen 586 nach 589, Dynamit Nobel 378 nach 379.

Nachbörslich kam noch erhebliches Material in Deutschen Petroleum-Aktien auf den Markt, so daß der Kurs weiter erheblich nachgab. Er stellte sich schließlich auf 792½ (insgesamt — 35 pCt.).

Polnische Valuta lebhaften Schwankungen unterworfen. Kosciuszko-Noten setzten mit 8⅞ ein, stiegen bei großen Umsätzen bis auf 8,90, um dann wieder mit 8¾ gehandelt zu werden. Kriesnoten geschäftslos. Oesterreichische Noten mit 11 gesucht.

Bezugsrechte: Bochumer Victoria-Brauerei 60 bez, Hoesch mit 91½ bezahlt.

Accumulatoren-Fabrik A.-G. in Berlin-Hagen 20 pCt. (17, 20, 25, 25 pCt. in den Jahren 1919—1916).

Eine neue Bankgründung. Am 12. d. M wurde der Allgemeine Bankverein A.-G. mit dem Sitz in Berlin und der Filiale Düsseldorf ins Leben gerufen. Die Gründung erfolgte durch Ausbau der zu diesem Zwecke erworbenen Aktienbank; es wurde beschlossen, das Kapital auf 100 Millionen Mark zu erhöhen.

Amtliche Kurse vom 13 April.

Deutsche Anleihen

		Heute	Vortag
Oest. am.E.-A.	4½	20,50	20,00
do.G.-R.1000G.	4	32,50	32,50
do Kron.-Rnt.	4	24.25	24.25
do.cv.Rnt.i.Kr	4	23.00	23.00
Rumän 1903	5	132,00	126,25
do. 1913	4½	116.00	114.00
do. 1889	4	104.75	100.00
do konv.	4	97.50	101.00
Meckl. H. u. W.	16½	295,00	232,00
do. Strel. Hyp	8	—.—	—.—
Meing. Hypotb.	8	145.25	146.00
Mitteld. Bdkrd.	4½	86,00	85,50
do. Privatbank	9	205.00	205.00
Nordd Grdkr.	6	113,50	—.—
Osnabrück. B.	-	169.00	169.00
Ostbk. f.H.u.G.	7	155.00	154.00
Cart. Masch	0	—.—	—.—
Charl Wasser	9	201,00	210,00
Charlottenhütt	28	—.—	—.—
Chem. F Buck.	10	439.00	435.00
do. St.-Prior	10	—.—	—.—
do.Griesh Elk	12	400.00	400.00
do. Grünau	12	409.75	409.50
do von Heyden	26	412,00	422,00
Hasper Eisen	20	—.—	—.—
C. Heckmann	44	552.00	552.00
Hedwigshütte	16	410,50	411.00
Heilmann Im	20	485,00	486,00
Hein.Lehm.W.	25	409.50	414,00
Heine & Co.	25	332,00	339,00
Held&Francke	25	465,00	480.00
HemmoorP.-C.	15	392.00	358.00
NiederschlElk.	6	154.00	—.—
Nitritfabrik	16	290,00	295,00
Nord. Cellulos	4	—.—	—.—
do. Eiswerke	20	418.50	415,00
do Gummi	8	180,00	184,00
do Jute-Sp L.	12	212.00	292,00
do Vorr.L.a.A	15	400.00	—.—
do. Lagerhs	o D	550,00	550.00
Terr. Hohz. Kan	0	126,00	—.—
do.N.Botan Gart.	o D	89.25	89.00
do. Nied. Schönh	4	140.00	140.50
do Nordost	0	144.25	144.25
do Südwest	o D	425,00	—.—
do Witzleben	o D	—.—	—.—
Teuton. Misburg	5	480,00	438,00
Friedr Thomée	10	550.00	555,00
Vogt & Wolf	10	—.—	—.—
Vogtländ.Masch.	18	296.50	299.50
do. Tüllfabrik	25	301.50	304.75
Volkst. Porzell	18	353.00	364.50
Vorwärts Spinn.	4	324.50	310.25
Vorwohler Portl	25	390.00	415.50
Wanderer Wke	20	448.00	460.00

Preußische Pfandbriefe

Prämien-Anleihen

Hypothekenb. Pfandbr.

Stadtanleihen

Ausländische Anleihen

Ausl. Eisenb.-Oblig.

Industrie Obligationen.

Deutsche Eisenb.-Akt.

Kleinbahn-Aktien.

Schiffahrts-Aktien.

Bank-Aktien.

Brauereien

Industrie-Aktien.

Kolonial-Werte.

Fortlaufende Notierungen nach amtl. Feststellungen

Festverzinsliche Werte

Devisen

Kurse um 2 Uhr.

Sparprämienanleihe 84.50, Kriegsanleihe 47,50, Phönix 684, Gelsenkirchen 325.00, Harpener 454,00, Caro 281.00, Oberbedarf 298.00, Dt. Luxemburg 510.00, Bochumer 460, Laurahütte 340.50, Kattowitzer 268.00, Orenstein 5.1.00, Rheinstahl 500, Schantung 581.00, Augsburg-Nürnberg 408.00, Hapag 186.00, Dt. Australier 884.00, Sloman 2 30, Südsee 1650, Dt. Kolonial 6350, Pomona 8675, Petroleum 792,50, Hansa 315, Otavi 440, Nordd. Lloyd 150,25.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210414017/fragment/page=0004
DFG